

Das Recht der nichtehelichen Lebensgemeinschaft

Handbuch

Herausgegeben von

Prof. Dr. Rainer Hausmann

Universität Konstanz

und

Prof. Dr. Gerhard Hohloch

Universität Freiburg,

Richter am Oberlandesgericht Stuttgart

mit Beiträgen von

Prof. Dr. Herbert Bültmann

Präsident des Finanzgerichts Berlin a.D.
Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Rainer Hausmann

Universität Konstanz

Prof. Dr. Gerhard Hohloch

Universität Freiburg,
Richter am Oberlandesgericht Stuttgart

Prof. Dr. Heinz Holzhauer

Universität Münster

Dr. Ingeborg Koutsos

Rechtsanwältin und Notarin in Dortmund

Johann Kremhelmer

Richter am Bundesarbeitsgericht

Prof. Dr. Dieter Martiny

Universität Frankfurt/Oder

Prof. Dr. Anne Röthel

Bucerius Law School Hamburg

Prof. Dr. Friedemann Sternel

Vorsitzender Richter am Landgericht
Hamburg a.D., Honorarprofessor an der
Universität Leipzig

Prof. Dr. Peter Udsching

Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht
Honorarprofessor an der Universität Osnabrück

Dr. Klaus Vogelgesang

Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht a.D.

2., überarbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage 1999
2. Auflage 2004

ISBN 3 503 07831 2

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2004
www.ESV-info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen des US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 9/11 Stempel-Garamond

Satz: multitext, Berlin
Druck: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort zur 1. Auflage

Kurzfristig nach dem Inkrafttreten der Gesetze, die in der Mitte und am Ende des Jahres 1998 wesentliche Teile des Familienrechts und Teile der gesetzlichen Erbfolge geändert haben, legen die Professoren Hausmann und Hohloch das Handbuch zum Recht der nichtehelichen Lebensgemeinschaft vor. Die Überwindung des althergebrachten Unterschieds zwischen dem in einer Ehe und dem außerhalb einer Ehe geborenen Kind im Kindschaftsrecht und die Gleichstellung ehelicher und nichtehelicher Kinder im gesetzlichen Erbrecht sind Schwerpunkte dieser letzten Reform des Familien- und Erbrechts. Sie lenken zwangsläufig den Blick auf die nichteheliche Lebensgemeinschaft. Sie tritt als Form menschlichen Zusammenlebens befreit von moralischen und sozialkritischen Vorbehalten in zunehmendem Maß neben die Ehe und an deren Stelle. Ungeachtet ihrer rechtstat-sächlichen Bedeutung hat sie aber von wenigen Ausnahmen abgesehen noch keine Regelung im staatlichen Normengefüge erfahren. Die rechtlich relevanten Fragen, die diese Form der Lebensgemeinschaft ebenso wie die eheliche Lebensgemein-schaft aufwirft, müssen mit dem Instrumentarium des allgemeinen Rechts gelöst werden. Berührt werden Verfassungsrecht, alle Bereiche des bürgerlichen Rechts mit Schwerpunkten im schuld- und sachenrechtlichen Teil des Vermögensrechts, im Haftungsrecht, im Familien- und Erbrecht und mit Auswirkungen ins Gesell-schaftsrecht und ins Versicherungsrecht, ebenso das Arbeitsrecht, das Sozialrecht, eine Vielzahl öffentlich-rechtlicher Fragen und Fragen des Internationalen Privat-rechts. Da speziell auf die nichteheliche Lebensgemeinschaft bezogene gesetzliche Regelungen fast ausnahmslos fehlen und die Subsumtion unter die nicht für diese Lebensgemeinschaft vorgegebenen Normen der verschiedensten Rechtsgebiete schwierig ist, also die Vorhersehbarkeit der Lösungen fehlt und wenig Rechts-sicherheit gewährt ist, kommt der rechtsgeschäftlichen Gestaltung besonders große Bedeutung zu.

Im Handbuch wird die fast unübersehbare Vielfalt von Einzelfragen in 13 Kapi-teln übersichtlich nach Rechtsgebieten gegliedert und mit einem sorgfältigen In-haltsverzeichnis erschlossen. Daran schließt sich das Gesamtschrifttumsverzeich-nis, das an der Spitze eines jeden Kapitels ergänzt und erweitert wird. Alle Teile sind von ausgewiesenen Fachleuten bearbeitet. Hochschullehrer, Richter am Bun-desarbeitsgericht, am Oberlandesgericht und Landgericht und eine Notarin aus dem Gebiet des Anwaltsnotariats kommen zu Wort. Die in den letzten Jahren schwebenden Gesetzgebungsarbeiten haben die Fertigstellung des Werks zunächst aufgehalten. Das so etwas verzögerte Erscheinen garantiert aber die größtmögliche Aktualität.

Das Handbuch füllt eine Lücke in der juristischen Literatur. Die Einbeziehung aller Rechtsgebiete, die die nichteheliche Lebensgemeinschaft in der Phase ihres Entstehens, während ihres Bestandes und bei ihrer Auflösung berührt, macht es möglich, auch dort, wo sachbezogene gesetzliche Regelungen fehlen, die anstehen-

Geleitwort zur 1. Auflage

den Rechtsfragen unter Einbeziehung aller Aspekte angemessen zu lösen. Es wird aber auch deutlich, daß die vom 57. Deutschen Juristentag 1988 gestellte Frage, ob es sich empfiehlt, die rechtlichen Fragen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft gesetzlich zu regeln, noch lang nicht beantwortet ist.

Prof. Dr. Helmut Schippel
Ehrenpräsident der Bundesnotarkammer

Vorwort zur 2. Auflage

Die erste Auflage des Handbuchs ist in Praxis und Wissenschaft auf eine erfreulich positive Resonanz gestoßen, so dass sich Herausgeber und Verlag fünf Jahre nach ihrem Erscheinen zu einer Neuauflage entschlossen haben. In der Zwischenzeit ist am 1. 8. 2001 das Lebenspartnerschaftsgesetz in Kraft getreten, das erstmals in Deutschland gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit eröffnet, durch Registrierung ihrer Verbindung einen der Ehe stark angenäherten familienrechtlichen Status zu erlangen. Die Herausgeber hielten es für zweckmäßig, das Recht der eingetragenen Lebenspartnerschaft in diese Neuauflage einzubeziehen, um die Unterschiede zur nichtehelichen heterosexuellen Lebensgemeinschaft, aber auch zur nicht eingetragenen homosexuellen Lebensgemeinschaft noch deutlicher herauszuarbeiten. Für die Darstellung des Grundlagenkapitels zur eingetragenen Lebenspartnerschaft konnte mit Frau Prof. Dr. Anne Röthel, Bucerius Law School Hamburg, eine anerkannte Expertin auf diesem Rechtsgebiet gewonnen werden. In den weiteren Kapiteln des Handbuchs zu ausgewählten Problemkreisen des nichtehelichen Zusammenlebens wird teils in eigenen Abschnitten, teils im allgemeinen Text oder den Fußnoten auf Besonderheiten und Abweichungen hingewiesen, die für eingetragene Lebenspartnerschaften gelten. Im Übrigen hat sich an der Zielrichtung des Handbuchs gegenüber der Voraufgabe nichts geändert.

Der besondere Dank der Herausgeber gilt Frau Tina Laubinger, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl in Konstanz die Arbeiten an der Neuauflage koordiniert, Inhalts- und Sachverzeichnisse aktualisiert und erweitert sowie die Korrekturen überwacht hat.

Konstanz/Freiburg, im August 2004

Rainer Hausmann

Gerhard Hohloch

Vorwort zur 1. Auflage

Die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Deutschland hat seit Beginn der siebziger Jahre dramatisch zugenommen. Auch wenn es sicherlich verfrüht ist, die bürgerliche Ehe bereits als „Auslaufmodell“ zu charakterisieren, so besteht doch kein Zweifel, daß eine noch immer steigende Zahl vor allem junger Menschen es vorzieht, vorübergehend oder auf Dauer ohne Eheschließung in einem gemeinsamen Haushalt zusammenzuleben. Dieser gesellschaftliche Trend ist auch keineswegs auf Deutschland beschränkt, sondern läßt sich – zum Teil sogar noch nachhaltiger – ebenso im europäischen und außereuropäischen Ausland nachweisen.

Während aber zahlreiche ausländische Gesetzgeber auf diese Entwicklung bereits reagiert haben und den nichtehelichen Lebensgemeinschaften in wichtigen Teilbereichen des Rechts eheähnlichen Schutz gewähren, hat sich der deutsche Gesetzgeber der – etwa vom Deutschen Juristentag 1987 erhobenen – Forderung nach einer gesetzlichen Regelung zum Schutz des schwächeren Partners in einer solchen Verbindung bisher verschlossen. Auch die neue Bundesregierung will sich nach Verlautbarungen der Bundesministerin für Justiz vorerst auf die Regelung der Rechte von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften beschränken, weil für heterosexuelle Paare die Möglichkeit der Eheschließung bestehe.

Die Hauptlast einer rechtlichen Bewältigung der insbesondere nach einer Trennung der Partner häufig aufbrechenden Konflikte liegt daher derzeit bei den Gerichten und bei der beratenden Rechtspraxis. Die Rechtsprechung ist dabei durch das Bemühen gekennzeichnet, einer „ehenahen“ Regelung durch den Gesetzgeber nicht vorzugreifen. Sie beschränkt sich weitgehend darauf, grobe Unbilligkeiten im Vermögensrecht mit Hilfe der Anwendung allgemeiner schuld- und sachenrechtlicher Grundsätze auszugleichen und die Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft im übrigen mit Hilfe vorsichtiger Analogien in den Schutzbereich einzelner Vorschriften des Familien- und Erbrechts einzubeziehen.

Vor diesem Hintergrund hat es sich das vorliegende Handbuch zur Aufgabe gemacht, einen umfassenden Überblick über den heute erreichten Stand der Verrechtlichung des nichtehelichen Zusammenlebens in Deutschland zu geben. Dabei spannt sich der Bogen der behandelten Rechtsgebiete vom Verfassungsrecht über das Vermögensrecht, das Miet- und Arbeitsrecht bis zum Familien- und Erbrecht. Behandelt werden auch öffentlich-rechtliche Fragen, insbesondere das Sozial- und Steuerrecht, sowie Probleme des Internationalen Privatrechts. Der dem Handbuch zugrundeliegende Gedanke, das Recht der nichtehelichen Lebensgemeinschaft aus dem Blickwinkel ganz unterschiedlicher Rechtsgebiete darzustellen, bringt es zwangsläufig mit sich, daß die Beiträge sich zum Teil überschneiden und daß die beteiligten Autoren zu einzelnen Rechtsfragen auch unterschiedliche Auffassungen vertreten. Die Herausgeber haben ihre Aufgabe nicht darin gesehen, solche Mei-

nungsunterschiede nach Möglichkeit zu harmonisieren; das Handbuch soll – im Gegenteil – gerade durch die Vielfalt der geäußerten Rechtsansichten und Lösungsvorschläge einen Beitrag zur Fortentwicklung des für nichteheliche Lebensgemeinschaft in Deutschland geltenden Rechts leisten.

auf Grund der bisherigen Zurückhaltung von Gesetzgebung und Rechtsprechung, in die Beziehungen unverheirateter Lebenspartner einzugreifen, kommt der privatautonomen Vorsorge vor allem für den Fall einer künftigen Auflösung der Lebensgemeinschaft durch Trennung oder Tod besondere Bedeutung zu. Aus diesem Grunde wird die Darstellung durch ausführlich kommentierte Muster für Partnerschaftsverträge, Testamente und Erbverträge ergänzt, in denen Formulierungsvorschläge für die in der Praxis besonders häufigen Fallkonstellationen gemacht werden.

Das Erscheinen dieses Handbuchs hat sich verzögert, weil der Gesetzgeber mit den weitreichenden Reformen des Kindschaftsrechts und des Erbrechts nichtehelicher Kinder in den Jahren 1997/98 eine grundlegende Überarbeitung der bereits fertiggestellten Manuskripte zum Familien- und Erbrecht erforderlich gemacht hat. Die Herausgeber danken den von diesen Reformen besonders betroffenen Autoren für ihre Bereitschaft, die bereits eingelieferten Manuskripte in wesentlichen Teilen neu zu schreiben. Dank gebührt aber auch allen anderen Autoren, die ihre Beiträge zum Teil mehrfach aktualisiert haben, so daß sich das Handbuch auf dem Stand der Gesetzgebung und Rechtsprechung vom November 1998 befindet.

Der besondere Dank der Herausgeber gilt schließlich Frau Eva Inés Oberghell, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl in Konstanz das Gesamtprojekt koordiniert, das Sachverzeichnis erstellt und die Korrekturen überwacht hat. Wegen der im Handbuch verwendeten Abkürzungen wird auf Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 4. Aufl. 1993, verwiesen. Bei den Querverweisungen bezeichnet die erste Ziffer jeweils das Kapitel und die mit Bindestrich angefügte Ziffer die eigentliche Randnummer (z. B. Rn 3–12 für die Randnummer 12 aus dem 3. Kapitel).

Konstanz/Freiburg, im Dezember 1998
Rainer Hausmann

Gerhard Hohloch

Inhaltsübersicht

	Seite
Schrifttumsverzeichnis	43
Einführung (Rainer Hausmann)	47
 I. Grundlagen	
Kapitel 1: Nichteheliche Lebensgemeinschaft (Gerhard Hohloch)	59
Kapitel 2: Eingetragene Lebenspartnerschaft (Anne Röthel)	137
 II. Einzelprobleme	
Kapitel 3: Verfassungsrecht (Klaus Vogelgesang)	193
Kapitel 4: Vermögensausgleich (Rainer Hausmann)	225
Kapitel 5: Mietrecht (Friedemann Sternel)	363
Kapitel 6: Familienrecht (Heinz Holzhauser)	429
Kapitel 7: Erbrecht (Ingeborg Koutsches)	535
Kapitel 8: Arbeitsrecht (Johann Kremhelmer)	569
Kapitel 9: Sozialrecht (Peter Udsching)	639
Kapitel 10: Steuerrecht (Herbert Bültmann)	665
Kapitel 11: Öffentlich-rechtliche Fragen (Klaus Vogelgesang)	739
Kapitel 12: Internationales Privatrecht (Dieter Martiny)	773
 III. Rechtliche Gestaltung	
Kapitel 13: Partnerschaftsverträge (Rainer Hausmann)	841
Kapitel 14: Testamente und Erbverträge (Ingeborg Koutsches)	903
Sachverzeichnis	973

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort zur 1. Auflage.....	5
Vorwort zur 2. Auflage.....	7
Vorwort zur 1. Auflage.....	9
Inhaltsübersicht.....	11
Inhaltsverzeichnis.....	13
Schrifttumsverzeichnis.....	43
Einführung.....	47
I. Begriffe.....	48
1. Nichtehelele Lebensgemeinschaft.....	48
2. Eingetragene Lebenspartnerschaft.....	49
II. Sozialwissenschaftlicher Hintergrund.....	50
1. Die Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften.....	50
2. Die Zusammensetzung nichtehelicher Lebensgemeinschaften.....	51
a) Alter.....	51
b) Kinder.....	51
c) Vorbildung.....	52
3. Die Stabilität nichtehelicher Lebensgemeinschaften.....	52
4. Typologie der nichtehelichen Lebensgemeinschaften.....	53
5. Motive für die Begründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft.....	54
III. Nichtehelele Lebensgemeinschaft und Verrechtlichung.....	55
1. Unzulässiger Eingriff in die gewollte rechtliche Unverbindlichkeit?.....	55
2. Ziele einer Verrechtlichung.....	57
Kapitel 1: Nichtehelele Lebensgemeinschaft – Allgemeine Grundlagen und ausgewählte Einzelprobleme (Gerhard Hohloch).....	59
A. Einführung.....	63
I. Soziale und rechtliche Ausgangslage, Grundbegriffe.....	63
1. Fakten und Gründe nichtehelichen Zusammenlebens.....	63
2. Begriff der nichtehelichen Lebensgemeinschaft.....	64
II. Begründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft.....	66
1. Alter.....	66
2. Geschäftsfähigkeit.....	67
3. Hinderungsgründe.....	67
4. Gründungsakt.....	68
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben.....	69
IV. Anwendbare Vorschriften (Anwendungsgrundsätze).....	70
1. Problemlage.....	70

Inhaltsverzeichnis

2.	Anwendbare Normen	70
a)	Eherecht	70
b)	Verlöbnisrecht	71
c)	Partnerschaftsverträge	71
d)	Gemeinschaftsrecht	72
e)	Gesellschaftsrecht	73
f)	Zusammenfassung	74
V.	Internationales Privatrecht	74
B.	Die bestehende nichteheliche Lebensgemeinschaft.	76
I.	Das gemeinsame Wirtschaften und die Vermögenszuordnung	77
1.	Innenverhältnis	77
2.	Eigentumsverhältnisse	78
a)	Erwerb vor Begründung der Lebensgemeinschaft	78
b)	Neuerwerb während des Zusammenlebens	78
c)	Die Vermutung des § 1006 BGB	80
3.	Schuldrechtliche Verhältnisse der Partner zu Dritten	81
a)	Verträge mit Dritten	81
b)	Haftung im Verhältnis zu Dritten	82
II.	Haftung der Partner untereinander	82
III.	Unterhalt und Altersversorgung	83
1.	Ansprüche im Verhältnis der Partner zueinander	83
2.	Auswirkungen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft auf Unterhaltsansprüche im Verhältnis zu Dritten	84
a)	Auswirkungen auf Unterhaltsansprüche eines Dritten gegen einen der Partner	85
aa)	Minderung der Leistungsfähigkeit durch die nichteheliche Lebensgemeinschaft	85
bb)	Ersparnisse durch gemeinsame Haushaltsführung	85
cc)	Fiktives Einkommen bei Haushaltsführung	86
dd)	§ 1579 Nr. 2 BGB	87
b)	Auswirkungen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft auf Unterhaltsansprüche eines Partners gegen Dritte	88
c)	Auswirkungen auf den Versorgungsausgleich	88
d)	Auswirkungen auf den Schadensersatzanspruch aus § 844 Abs. 2 BGB	89
IV.	Miet- und Wohnungsrecht	89
1.	Wirksame Begründung des Mietvertrags	89
2.	Rechte und Pflichten aus einem Wohnungsmietvertrag	90
a)	Aufnahme des Lebensgefährten in die bereits gemietete Wohnung	90
aa)	Rechtsgrundlage	90
bb)	Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Aufnahme des Partners	90
(1)	Berechtigtes Interesse des Mieters	90
(2)	Unzumutbarkeit für den Vermieter	91

Inhaltsverzeichnis

(3) Vertraglicher Ausschluss des Aufnahmerechts	92
cc) Rechtsfolgen der Aufnahme des Partners	93
(1) Unzulässige Aufnahme	93
(2) Zulässige Aufnahme.	93
b) Unverheiratetes Paar als Ersatzmieter	94
3. Beendigung des Mietverhältnisses.	94
a) Kündigung.	94
b) Schutzvorschriften zugunsten von Familien	95
c) Zwangsvollstreckung	95
aa) Erfordernis eines Vollstreckungstitels.	95
bb) Räumungsschutz	97
4. Dingliches Wohnungsrecht	97
5. Öffentliches Wohnungsrecht.	98
a) Wohnungsbauförderung	98
b) Wohnberechtigungsbescheinigung	98
V. Schadensrechtliche Ansprüche gegen Dritte	98
1. Vertragliche Schadensersatzansprüche	98
2. Deliktische Schadensersatzansprüche.	99
a) Ansprüche des unmittelbar Verletzten	99
aa) Besuchskosten	99
bb) Anspruch aus §§ 842, 843 BGB	100
b) Ansprüche des Partners des Verletzten.	102
aa) § 845 BGB.	102
bb) Schockschaden des Partners	102
VI. Prozessuale Fragen	103
1. Sachliche Zuständigkeit der Gerichte	103
2. Ersatzzustellung an den Lebensgefährten	103
3. Prozesskostenhilfe	104
a) Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Lebensgemeinschaft.	105
aa) Einzusetzendes Einkommen.	105
bb) Einzusetzendes Vermögen	105
b) Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Lebensgemeinschaft.	106
4. Zeugnisverweigerungsrecht des Lebensgefährten	107
5. Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen eines Partners.	107
a) Betreten und Durchsuchen der Wohnung des Schuldners	107
b) Die Pfändung von beweglichen Sachen des Schuldners wegen einer Geldforderung	109
c) Die Pfändung von Arbeitseinkommen	111
aa) Unterhaltszahlungen des Schuldners an seinen Partner.	111
bb) Unentgeltliche Tätigkeit für den Lebensgefährten.	112
d) Anhang: Anfechtung von Rechtshandlungen des Vollstreckungsschuldners bzw. des Gemeinschaftschuldners	112
aa) Absichtsanfechtung	113

	bb) Schenkungsanfechtung	113
VII.	Privatversicherungsrecht	114
	1. Familienprivileg des § 67 Abs. 2 VVG	114
	2. Der Begriff des Familienangehörigen in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen	116
	a) Der Partner als mitversicherter Familienangehöriger	116
	b) Ausschluss der Versicherungsleistung bei Schädigung eines Familienangehörigen	117
	3. Der Lebensgefährte als Repräsentant	117
C.	Die Auflösung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft und ihre rechtlichen Folgen	118
I.	Beendigung der Lebensgemeinschaft durch die Trennung der Partner	118
	1. Beendigungsfreiheit	118
	2. Vermögensauseinandersetzung	118
	3. Unterhaltsansprüche	118
	4. Miet- und wohnungsrechtliche Situation nach dem Scheitern der Lebensgemeinschaft	120
	a) Gemeinsames Eigentum an der Wohnung	120
	b) Gemeinsame Miete der Wohnung	120
	c) Alleinmiete durch einen Partner	120
	d) Alleineigentum eines Partners	122
II.	Beendigung der Lebensgemeinschaft durch den Tod eines Partners ..	123
	1. Ausgleichsansprüche	123
	2. Die erbrechtliche Stellung des überlebenden Partners	123
	a) Letztwillige Verfügungen eines Lebensgefährten	123
	aa) Mögliche Formen	123
	bb) Sittenwidrigkeit einer Verfügung von Todes wegen	124
	(1) Verfügungen zugunsten des Lebensgefährten	124
	(a) Belohnung intimer Beziehungen	124
	(b) Zurücksetzung naher Angehöriger	124
	(2) Verfügungen zugunsten eines Dritten	126
	cc) Auswirkungen der Beendigung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft noch zu Lebzeiten	126
	dd) Anhang: Wiederverheiratklausel und nichteheliche Lebensgemeinschaft	127
	b) Erbrechtliche Ansprüche des überlebenden Partners	127
	aa) „Voraus“ § 1932 BGB	127
	bb) „Dreißigster“, § 1969 BGB	127
	c) Erbrechtliche Pflichten des überlebenden Partners	128
	aa) Auskunftspflicht	128
	bb) Pflichtteilsergänzung	129
	cc) Beeinträchtigende Schenkungen, § 2287 BGB	131
	d) Der Lebensgefährte im Erbschaftsteuerrecht	132

e) Anhang: Pflichtteilsentziehung wegen des nichtehelichen Zusammenlebens.....	133
3. Die mietrechtliche Situation nach dem Tod eines Partners	133
a) Eintrittsrecht gemäß § 563 BGB	134
b) Fortsetzung gemäß § 563 a BGB	134
4. Hinterbliebenenansprüche.....	134
a) Schadensersatzansprüche	134
b) Sozialansprüche.....	135
Kapitel 2: Eingetragene Lebenspartnerschaft – Allgemeine Grundlagen und ausgewählte Einzelprobleme (Anne Röthel)	137
A. Grundlagen	140
I. Sozialwissenschaftlicher Hintergrund	140
1. Begriff und soziales Phänomen der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft	140
2. Homosexualität und gleichgeschlechtliche Lebens- gemeinschaften in Deutschland.....	141
a) Vorkommen gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften....	141
b) Gestaltung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften	141
II. Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in der Rechtsordnung: Regelungsmodelle im Überblick	142
B. Rechtsentwicklung in Deutschland	144
I. Rechtszustand vor Verabschiedung des LPartDisBG/LPartG	144
II. Der politische Prozess zur Schaffung eines Rechtsinstituts für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.....	147
III. Das Gesetzgebungsverfahren für die Verabschiedung des LPartDisBG/LPartG.....	149
IV. Verfassungsmäßigkeit des LPartDisBG	150
1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes und Zulässigkeit der Aufspaltung.....	151
2. Vereinbarkeit mit Art. 6 Abs. 1 GG	152
3. Vereinbarkeit mit Art. 3 GG	153
4. Verfassungsmäßigkeit des LPartDisBG im Übrigen.....	154
C. Begründung der Lebenspartnerschaft	155
I. Persönliche Voraussetzungen	155
1. Zwei Personen gleichen Geschlechts	155
2. Volljährigkeit und Geschäftsfähigkeit	156
3. Nichtbestehen von Ehe und Lebenspartnerschaft.....	157
4. Keine nahe Verwandtschaft.....	158
5. Keine Scheinpartnerschaft	159
II. Willens- und Gestaltungserklärungen der Lebenspartner	159
1. Erklärung des Partnerschaftswillens	159
2. Erklärung über den Vermögensstand	160
3. Erklärung über die Bestimmung des Lebenspartnerschaftsnamens.	161

Inhaltsverzeichnis

III.	Mitwirkung der zuständigen Behörde	161
1.	Bestimmung der zuständigen Behörde.....	162
2.	Anmeldung zur Begründung der Lebenspartnerschaft.....	163
3.	Mitwirkung der Behörde beim Erklärungsgeschehen und Publizitätsakt.....	164
IV.	Rechtsfolgen einer fehlerhaften Begründung	165
D.	Wirkungen der Lebenspartnerschaft.....	166
I.	Personenrechtliche Wirkungen.....	166
1.	Lebensgemeinschaft	166
2.	Lebenspartnerschaftsname.....	167
3.	Lebenspartner als Familienangehörige.....	167
4.	Schwägerschaft	168
5.	Sorge- und Umgangsrecht des Lebenspartners	168
6.	Einbürgerung, Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung.....	171
II.	Vermögensrechtliche Wirkungen	171
1.	Vermögensstand	171
a)	Vermögensrechtliche Vertragsautonomie und Lebenspartnerschaftsvertrag	171
b)	Ausgleichsgemeinschaft als Modellvermögensstand.....	173
c)	Vermögensgemeinschaft und Vermögenstrennung als Wahlvermögensstände	173
d)	Vermögenstrennung als Auffangvermögensstand.....	174
2.	Sonstige vermögensrechtliche Wirkungen.....	174
a)	Eigentumsvermutung.....	174
b)	Verpflichtungsermächtigung für Geschäfte des täglichen Lebens.....	175
c)	Verfügungsbeschränkungen	175
3.	Lebenspartnerschaftsunterhalt	176
4.	Lebenspartnerschaft im Haftungsrecht	177
5.	Erbrecht der Lebenspartner.....	177
a)	Gesetzliches Erbrecht.....	177
b)	Gewillkürte Erbfolge	179
c)	Erb- und Pflichtteilsverzicht	179
d)	Keine erbschaftssteuerrechtliche Privilegierung der Lebenspartner.....	179
6.	Eintrittsrecht des Lebenspartners in den Wohnungsmietvertrag... ..	180
E.	Aufhebung der Lebenspartnerschaft.....	181
I.	Voraussetzungen.....	181
1.	Erklärung, die Lebenspartnerschaft nicht fortsetzen zu wollen ..	181
2.	Ablauf der Wartefrist.....	182
a)	Bedeutung und Dauer der Wartefrist.....	182
b)	Kein Widerruf.....	183
3.	Aufhebung wegen besonderer Härte	184
II.	Aufhebungsverfahren.....	184

III.	Aufhebungsfolgen.....	186
1.	Nachpartnerschaftlicher Unterhalt.....	186
a)	Der generelle Unterhaltstatbestand des § 16 Abs. 1 LPartG ...	186
b)	Unterhaltsbedarf und Bedürftigkeit	188
c)	Erlöschen des Unterhaltsanspruchs (§ 16 Abs. 2 LPartG)	188
d)	Leistungsfähigkeit, Verwirkung, Verzicht (§ 16 Abs. 2 S. 2 LPartG)	189
e)	Rangfragen (§ 16 Abs. 3 LPartG)	189
2.	Wohnung und Hausrat.....	190
3.	Vermögensausgleich nach Beendigung des Vermögensstandes ...	191
4.	Kein Versorgungsausgleich	191
5.	Namensrecht.....	191
Kapitel 3:	Verfassungsrecht (Klaus Vogelgesang)	193
A.	Wandel in der gesellschaftlichen und rechtlichen Bewertung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften	195
I.	Begriff der nichtehelichen Lebensgemeinschaft.....	195
II.	Klärungsbedarf hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Einordnung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften trotz der Entscheidung des BVerfG zum Lebenspartnerschaftsgesetz.....	195
III.	Gesellschaftlicher Grundkonsens bei Erlass des Grundgesetzes hinsichtlich der „richtigen“ Form des Zusammenlebens	196
IV.	Ablehnung nichtehelicher Lebensgemeinschaften.....	198
V.	Soziale Akzeptanz der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Folge gewandelter gesellschaftlicher Anschauungen	199
VI.	Heutige Erscheinungsformen nichtehelicher Lebensgemeinschaften ..	201
B.	Schützt die Verfassung nichteheliche Lebensgemeinschaften?	201
I.	Keine ausdrückliche Erwähnung im GG	201
II.	Kein Schutz durch Art. 6 Abs. 1 GG	202
III.	Gleichstellung durch analoge Anwendung des durch Art. 6 Abs. 1 GG garantierten Eheschutzes auf nicht- eheliche Lebensgemeinschaften?.....	205
1.	Zulässigkeitsvoraussetzungen einer analogen Anwendung	205
2.	Gründe gegen eine analoge Anwendung des Eheschutzes des Art. 6 Abs. 1 GG auf nichteheliche Lebensgemeinschaften....	205
IV.	Einbeziehung in den Schutzbereich des Art. 6 Abs. 1 GG durch Gleichstellung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit den Familien?.....	206
1.	Gründe für eine Gleichstellung.....	206
2.	Identität von Ehe und Familie?	207
3.	Voraussetzungen für die Einbeziehung nichtehelicher Lebens- gemeinschaften in den verfassungsrechtlichen Schutz der Familie ..	208
C.	Schutz der nichtehelichen Lebensgemeinschaften durch Art. 2 Abs. 1 GG	210

D.	Schutz der nichtehelichen Lebensgemeinschaft durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht	211
E.	Verfassungsrechtliche Stellung der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft im Gesamtgefüge des Verfassungsrechts	212
I.	Verhältnis von Art. 6 Abs. 1 GG zu Art. 2 Abs. 1 GG und dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht	212
	1. Schutzrechte des Art. 6 Abs. 1 GG	212
	2. Beeinträchtigung der verfassungsrechtlichen Schutzrechte für Ehe und Familie durch die rechtliche Zulassung nichtehelicher Lebensgemeinschaften?	213
	a) Unterschiedliche Bewertung in Rechtsprechung und Literatur.	213
	b) Stellungnahme	215
II.	Rechtsfolgen für die nichtehelichen Lebensgemeinschaften auf Grund ihrer verfassungsrechtlichen Stellung	216
	1. Recht auf Eingehung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft? Konkurrenzschutz für die Ehe?	216
	2. Verfassungsrechtliche Notwendigkeit der Gleichstellung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit der Ehe unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitssatzes?	217
	a) Positive Gleichstellung?	217
	b) Zulässigkeit negativer Gleichbehandlung?	218
	3. Anspruch auf Gleichstellung mit den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz?	219
	4. Zulässigkeit gesetzlicher Regelungen zugunsten nichtehelicher Lebensgemeinschaften?	219
	a) Verbot der Abwertung der Ehen durch den Staat	219
	b) Zulässigkeit punktueller Einzelregelungen	220
	c) Auftrag an die Rechtsprechung zur verfassungsgemäßen Anwendung der vorhandenen gesetzlichen Vorschriften auch zugunsten der nichtehelichen Lebensgemeinschaften?	221
F.	Zusammenfassung	222
Kapitel 4: Vermögensrechtliche Ausgleichsansprüche nach Auflösung der Lebensgemeinschaft (Rainer Hausmann)		
A.	Grundlagen	228
I.	Der Grundsatz der Nichtausgleichung	228
	1. Die Argumentation der Rechtsprechung	228
	2. Kritik	230
	a) Konkludenter Rechtsschutzverzicht?	230
	b) Dominanz der persönlichen Beziehungen?	230
	c) Praktische Unmöglichkeit eines gerechten Ausgleichs?	231
	3. Notwendigkeit einer Differenzierung nach dem Leistungszweck	232
	a) Beiträge zum laufenden Lebensunterhalt	233
	b) Vermögensbildung mit Gemeinschaftsbezug	233
	c) Zuwendungen ohne Gemeinschaftsbezug	235

II.	Die Rechtsgrundlagen für Ausgleichsansprüche	235
1.	Eherecht	235
2.	Verlöbnisrecht	236
3.	Allgemeines Schuld- und Sachenrecht	238
a)	Ausdrückliche Verträge	238
aa)	Schuldverträge	238
bb)	Versorgungsverträge	238
cc)	Auseinandersetzungsverträge	239
b)	Stillschweigende Verträge	241
c)	Auseinandersetzung nach Gesellschafts- und Gemeinschaftsrecht	241
d)	Rückabwicklung von Leistungen nach Bereicherungsrecht oder nach § 313 BGB	242
e)	Schuldenausgleich	242
B.	Stillschweigend geschlossene Schuldverträge	243
I.	Entgeltliche Verträge	243
1.	Arbeitsvertrag	243
a)	Die Rechtsprechung	243
b)	Kritik	245
aa)	Der „stillschweigende“ Arbeitsvertrag als Fiktion	245
bb)	Beschränkung auf eine Erfolgsbeteiligung	246
cc)	Kooperationsvertrag nach familienrechtlichem Vorbild	247
2.	Sonstige Austauschverträge	249
II.	Unentgeltliche Verträge	249
1.	Zinsloses Darlehen	249
2.	Schenkung	250
a)	Die Rechtsprechung	250
b)	Kritik an der Unentgeltlichkeit gemeinschaftsbezogener Zuwendungen	251
aa)	Unterhaltsbeiträge	251
bb)	Zukunftssicherung und Vermögensbildung	252
c)	Die Schranken des Widerrufsrechts nach § 530 BGB	256
3.	Auftrag	257
a)	Die Rechtsprechung	257
b)	Kritik	258
C.	Die Auseinandersetzung von Vermögenswerten nach gesellschaftsrechtlichen Grundsätzen	259
I.	Die Rechtsprechung des II. Zivilsenats	259
1.	Ablehnung einer gesellschaftsrechtlichen Gesamtabwicklung	259
2.	Absicht der gemeinsamen Wertschöpfung	260
3.	Verzicht auf die Verfolgung von Sonderzwecken	261
4.	Analoge Anwendung des Gesellschaftsrechts	262
II.	Weitergehende gesellschaftsrechtliche Lösungen in der Literatur	263
1.	Gemeinsames Wirtschaften als Gesellschaftszweck	263
2.	Die Lebensgemeinschaft als Gesellschaftszweck	265

III.	Kritik	266
	1. Der stillschweigende Gesellschaftsvertrag als Fiktion	266
	2. Die zwingende Rechtsfreiheit der personalen Beziehung.	267
	3. Die Verschränkung des persönlichen und wirtschaftlichen Austauschs.	267
	4. Die Schwierigkeit einer Isolierung von „Sonderzwecken“.	268
	5. Die Vorzüge einer analogen Anwendung von Gesellschaftsrecht. .	268
IV.	Voraussetzungen für die analoge Anwendung gesellschaftsrechtlicher Grundsätze	269
	1. Absicht gemeinsamer Wertschöpfung	269
	a) Ermittlung des Parteiwillens	269
	b) Bedeutung der formal-dinglichen Zuordnung.	270
	c) Bedeutung von Erwerbsbeiträgen.	273
	aa) Erwerbsgeschäft.	273
	bb) Hausbau	274
	2. Gegenständliche Beschränkung.	276
	3. Auflösung der Lebensgemeinschaft durch Tod des Partners.	279
	4. Vorrang abweichender ausdrücklicher Vereinbarungen.	280
V.	Auseinandersetzungsprinzipien	281
	1. Modifizierte Anwendung der Liquidationsregeln für Innengesellschaften.	281
	2. Einzelfragen	282
	a) Beteiligung an Wertsteigerungen.	282
	b) Verlustbeteiligung.	283
	c) Einlagenerstattung	283
	d) Beteiligungsquote	284
	e) Geldanspruch oder dingliche Beteiligung?.	285
D.	Die Auseinandersetzung von Vermögenswerten nach gemeinschaftsrechtlichen Grundsätzen.	286
I.	Hausgrundstücke	287
	1. Rechtsgeschäftliche Absicherung des Miteigentums.	287
	2. Neuregelung der Verwaltung und Nutzung	288
	3. Teilungsversteigerung	289
II.	Hausrat	290
	1. Meinungsstand	290
	2. Widerlegung der Miteigentumsvermutung nach § 1006 BGB	291
	a) Erfahrungssätze.	292
	b) Geschäft für den, den es angeht.	294
III.	Bankkonten.	296
	1. Rechtliche Gestaltung	296
	2. Faktisches Gemeinschaftskonto	296
IV.	Mietverhältnis.	297
	1. Gemeinsamer Mietvertrag	298
	a) Die Rechtsprechung	298
	b) Kritik	300

2.	Anmietung durch einen Partner allein	302
a)	Die Rechtsprechung	302
b)	Kritik	302
3.	Wohnungszuweisung nach dem Gewaltschutzgesetz	303
E.	Die Korrektur fehlgeschlagener Zuwendungen oder Dienstleistungen anlässlich der Trennung.	304
I.	Bereicherungsausgleich	305
1.	Ansprüche wegen Fehlens oder nachträglichen Wegfalls des „rechtlichen Grundes“ (§ 812 Abs. 1 S. 1, 1. Alt. und S. 2, 1. Alt. BGB)	305
a)	Meinungsstand	305
b)	Kritik	306
c)	Die Lebensgemeinschaft als vereinbarter Geschäftszweck.	307
2.	Bereicherungsansprüche wegen Zweckverfehlung (§ 812 Abs. 1 S. 2, 2. Alt. BGB)	308
a)	Die Rechtsprechung	308
aa)	Übliche Beiträge zur Lebensführung.	308
bb)	Wertvolle Zuwendungen.	309
b)	Die Lehre	311
c)	Kritik	312
aa)	Der mangelnde Austausch Zweck von gemeinschafts- bezogenen Leistungen	312
bb)	Die Problematik der „Zweckabrede“	315
3.	Mangelnde Eignung des Bereicherungsrechts zur Abwicklung von Lebensgemeinschaften	316
a)	Gesamtabwicklung	316
b)	Rückabwicklung einzelner Leistungen	317
aa)	Geschäftliche Mitarbeit	317
bb)	Gegenständliche Zuwendungen	317
II.	Wegfall der Geschäftsgrundlage	318
1.	Die Rechtsprechung	318
a)	Gütertrennungsehe	318
b)	Nichteheliche Lebensgemeinschaft	320
2.	Die Literatur	322
3.	Kritik	323
a)	Rechtliche Unverbindlichkeit von Zuwendungsgeschäften zwischen Lebensgefährten?	323
b)	Mangelnder Bestandschutz für nichteheliche Lebens- gemeinschaften	325
4.	Reziprozitätsstörung als Geschäftsgrundlagensachverhalt.	326
a)	Subjektive und objektive Geschäftsgrundlage	326
b)	Fallgruppen der objektiven Geschäftsgrundlage	327
5.	Zumutbarkeitskriterien	329
a)	Schwere der Reziprozitätsstörung	329
b)	Trennungverschulden	331

	c) Tod des Partners	331
	6. Inhalt des Anspruchs	332
F.	Gesetzliche Ausgleichsansprüche	333
I.	Gesamtschuldnerregress	333
	1. Leistungen während bestehender Lebensgemeinschaft	333
	a) Die Rechtsprechung	333
	b) Methodische Kritik	334
	aa) Korrektur des Ausgleichsmaßstabes in § 426 Abs. 1 BGB durch vorrangige Bestimmungen	335
	bb) Ausschluss des Gesamtschuldnerausgleichs durch die „Eigenart“ der nichtehelichen Lebensgemeinschaft?	336
	c) Inhaltliche Kritik	337
	aa) Die Rechtsprechung zum Gesamtschuldnerregress zwischen Ehegatten	337
	bb) Übertragung auf nichteheliche Lebensgemeinschaften	341
	2. Schuldenausgleich nach Auflösung der Lebensgemeinschaft	342
	a) Die Rechtsprechung	342
	aa) Lebensgefährten	342
	bb) Ehegatten	343
	b) Bindungswirkung gemeinschaftsgestaltender Absprachen über die Trennung der Partner hinaus?	344
	aa) Verpflichtungen	345
	bb) Leistungen	345
	c) Konsequenzen für die gesamtschuldnerische Haftung nach Trennung	346
	aa) Erwerb zu Miteigentum der Partner	346
	bb) Erwerb zu Alleineigentum eines Partners	347
	cc) Konsumentenkredite	348
II.	Gesamtgläubigerregress	349
	1. Grundsatz: § 430 BGB	349
	2. Vorrang einer „anderweitigen Bestimmung“	350
	a) Abhebungen während des Zusammenlebens	350
	b) Abhebungen nach Auflösung der Lebensgemeinschaft	352
	3. Exkurs: Kontovollmacht	353
III.	Bürgenregress	354
	1. Sittenwidrigkeit der Mithaftung	354
	2. Ausgleichsansprüche in der Rechtsprechung	355
	3. Kritik	356
IV.	Geschäftsführung ohne Auftrag	356
	1. Die Rechtsprechung	356
	2. Kritik	357
G.	Eingetragene Lebenspartnerschaft	360
I.	Allgemeines	360
II.	Ausgleichsgemeinschaft	360
	1. Vereinbarung und Erklärung	360

2. Inhalt	361
3. Unwirksame Vereinbarung	361
III. Vermögensausgleich außerhalb des Güterrechts	361
1. Schuldrechtliche Ansprüche	361
2. Wohnung und Hausrat.	362
Kapitel 5: Mietrecht (Friedemann Stornel)	363
A. Bedeutung und Begriff der Lebensgemeinschaft und der Lebenspartnerschaft im Mietrecht	365
I. Die Lebensgemeinschaft im Mietrecht	365
1. Zur neueren Entwicklung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft im Mietrecht.	365
2. Begriff der nichtehelichen Lebensgemeinschaft im Mietrecht	367
II. Die Lebenspartnerschaft im Mietrecht	369
III. Rechtsbeziehungen der Partner innerhalb der Lebensgemeinschaft und der Lebenspartnerschaft in Bezug auf die Mietwohnung	370
1. Nichtehele und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.	370
2. Lebenspartnerschaften	372
B. Begründung des Mietverhältnisses	372
I. Mietrechtliche Gestaltungsformen	372
1. Nichtehele und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.	372
a) Mietermodell	372
b) Untermietmodell.	373
2. Lebenspartnerschaften	373
II. Vertragsabschluss	374
1. Abschluss des Mietvertrages mit beiden Partnern auf Mieterseite.	374
2. Pflicht zur Selbstauskunft und Verschulden bei Vertragsverhandlungen.	375
III. Vertragseintritt	377
IV. Untervermietung.	378
V. Lebensgefährten oder Lebenspartner als Mietnachfolger.	380
C. Vertragsinhalt	382
I. Allgemeine Grundsätze	382
1. Gläubiger- und Schuldnerstellung	382
2. Haftung	382
3. Einbeziehung des Partners in den Schutzbereich des Mietverhältnisses	384
II. Mietzins und Mietzinssicherung	384
1. Mietzinsbildung und Untermietzuschlag	384
2. Mietzinshaftung	386
3. Mieterhöhung	386
4. Vermieterpfandrecht.	388
5. Eigentums- und Gewahrsamsvermutung	388
6. Mietkaution und Mietbürgschaft	388

Inhaltsverzeichnis

III.	Mietgebrauch und Gewährleistung	389
1.	Berechtigung zur Aufnahme eines Partners	389
2.	Sonstige Gebrauchsrechte	395
a)	Installation einer Satellitenempfangsanlage	396
b)	Bauliche Veränderungen	396
c)	Tierhaltung	397
3.	Gewährleistungsrechte	397
a)	Auswirkungen des subjektiven Fehlerbegriffs	397
b)	Schadensersatz	397
c)	Kündigung wegen Gesundheitsgefährdung	397
IV.	Duldungs- und Obhutspflichten	398
1.	Duldungspflicht von Modernisierungs- und Instand setzungsmaßnahmen des Vermieters	398
a)	Mietvertrag mit beiden Partnern	398
b)	Mietvertrag mit einem Partner	399
2.	Obhutspflichten	399
D.	Vertragsbeendigung und Vertragsabwicklung	400
I.	Mietrechtliche Beendigungstatbestände	400
1.	Anwendung auf Lebensgemeinschaften und Lebenspartnerschaften	400
a)	Mietverhältnis mit beiden Partnern	400
b)	Mietverhältnis mit einem Partner	401
2.	Partnerschaftsbezogene Kündigungsgründe	402
a)	Eigenbedarf des Vermieters	402
b)	Unerlaubte Drittüberlassung	403
c)	Überbelegung der Wohnung	404
d)	Störung des Hausfriedens	405
3.	Schutz durch die Sozialklausel	407
4.	Räumung	407
II.	Auswirkungen der Beendigung von Lebensgemeinschaft und Lebenspartnerschaft auf das Mietverhältnis	409
1.	Beendigung der nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft und ihre Auswirkungen auf das Mietverhältnis	409
a)	Mietverhältnis auf unbestimmte Zeit mit beiden Partnern	409
b)	Mietverhältnis auf bestimmte Zeit mit beiden Partnern	411
c)	Mietverhältnis mit einem Partner	414
d)	Auswirkungen des Gewaltschutzgesetzes auf das Mietverhältnis	416
2.	Auswirkungen der Aufhebung der Lebenspartnerschaft auf das Mietverhältnis	418
a)	Neugestaltung des Mietverhältnisses	418
b)	Auswirkungen der Wohnungszuweisung bei Getrenntleben der Lebenspartner auf das Mietverhältnis	419

III.	Auswirkungen der Beendigung des Mietverhältnisses auf Lebensgemeinschaft und Lebenspartnerschaft	420
	1. Mietverhältnis mit beiden Partnern.	420
	2. Mietverhältnis mit einem Partner	422
E.	Auswirkungen des Todes eines Lebensgefährten oder Lebenspartners auf das Mietverhältnis.	423
I.	Tod des Lebensgefährten oder Lebenspartners als Alleinmieter	423
	1. Erweiterung des zum Eintritt berechtigten Personenkreises	424
	2. Rechtsausübung	424
	3. Rechtsfolgen des Eintritts	425
	a) Rechte und Pflichten aus dem Mietverhältnis	425
	b) Außerordentliches Kündigungsrecht des Vermieters	426
	c) Untermiete.	427
	d) Erbenstellung.	427
II.	Tod des Lebensgefährten oder Lebenspartners als Mitmieter	427
	Kapitel 6: Familienrecht (Heinz Holzauer)	429
A.	Die Partnerbeziehung.	431
I.	Das Problem der Analogiefähigkeit	431
II.	Nicht analogiefähige reine Statuswirkungen	435
III.	Das Problem der Analogie in Einzelfällen	436
	1. § 1357 BGB	437
	2. § 1359 BGB	438
	3. §§ 1362 BGB, 739 ZPO	440
	4. §§ 843 Abs. 1 Alt. 1, 844 Abs. 2 BGB	443
B.	Das Kind in der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	446
I.	Häufigkeit	446
II.	Nichtverwandtes Kind	446
III.	Der Status als Kind	446
	1. Die Zuordnung des Kindes an seine Mutter	447
	2. Die Zuordnung des Kindes an einen Mann als seinen Vater	448
IV.	Die Zuordnung des Kindes der Frau an den mit ihr zusammenlebenden Mann	450
	1. Die Beseitigung einer anderweitigen Vaterschaft	450
	2. Vaterloses Kind.	451
	3. Anerkennung der Vaterschaft	453
	4. Gerichtliche Feststellung der Vaterschaft.	456
	5. Anerkennung der Vaterschaft oder Feststellungsklage ?	458
	6. Die Wirkungen beider Arten der Vaterschaftszuordnung	460
	7. Adoption durch den Partner der Mutter	460
V.	Die Zuordnung des Kindes des Mannes an die mit ihm zusammenlebende Frau	461
VI.	Die Anfechtung der Vaterschaft durch den mit der Mutter zusammenlebenden biologischen Vater des Kindes	461

Inhaltsverzeichnis

VII.	Der Name des Kindes	464
1.	Der Familienname	465
a)	Die zivilrechtliche Regelung	465
b)	Namensänderung einer „Scheidungshalbwaisen“	469
2.	Der Vorname	470
VIII.	Die elterliche Sorge	471
1.	Die Innehabung der elterlichen Sorge	471
2.	Die Ausübung der gemeinsamen Sorge	476
3.	Disposition der Eltern über ihre gemeinsame Sorge	478
4.	Besonderheiten gemeinsamer Sorge getrennt lebender Eltern	478
5.	Nachweis der Sorgeberechtigung	479
IX.	Das Umgangsrecht von Eltern und Kind	480
X.	Reproduktionsmedizinische Hilfen für nichtverheiratete Paare	483
1.	Sterilität des Mannes	483
2.	Sterilität der Frau	487
XI.	Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung	489
C.	Unterhaltsfragen	491
I.	Verhältnis der Partner zueinander	491
II.	Verhältnis zu einem mit dem Partner gemeinschaftlichen Kind	492
1.	Der Individualunterhaltsanspruch des Kindes	492
2.	Die Unterhaltspflicht von Vater und Mutter in ihrem Verhältnis zueinander	492
III.	Unterhaltsbeziehungen des Partners einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu dritten Personen	493
1.	Rechnerische Auswirkungen des Zusammenlebens auf den Unterhalt	493
a)	Mögliche Veränderungen der Unterhaltslage	493
b)	Mögliche Veränderungen der Unterhaltslage in der nichtehelichen Lebensgemeinschaft im Vergleich mit der Ehe ..	495
c)	Mögliche Veränderungen der Unterhaltslage im Vergleich mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft	495
d)	Mögliche Veränderungen der Unterhaltslage im Vergleich mit einer nicht eingetragenen Lebenspartnerschaft	496
e)	Grundsatz der Berücksichtigung materieller Zuwendungen und die entgegenstehende Freiwilligkeits-Doktrin	496
aa)	Kritik der Freiwilligkeit	498
bb)	Kritik der Freiwilligkeits-Doktrin	498
cc)	Die Freiwilligkeits-Doktrin in der Rechtsprechung	499
dd)	Restbedeutung der Freiwilligkeits-Doktrin	499
f)	Wegfall von Bedarfsposten	500
g)	Zusammenlebensbedingter Minderbedarf	501
h)	Keine Minderung der Leistungsfähigkeit wegen zusammenlebensbedingter Erwerbslosigkeit	501

i)	Steigerung der Leistungsfähigkeit	504
aa)	durch Zurechnung des Wertes erbrachter Versorgungsleistungen.	504
bb)	Steigerung der Leistungsfähigkeit durch erweiterte Möglichkeit der Kindesbetreuung	505
2.	Versagung, Herabsetzung oder zeitliche Begrenzung des Unterhaltsanspruchs eines nichtehelich Zusammenlebenden gegen einen früheren Ehegatten wegen grober Unbilligkeit.	506
a)	Subjektive und objektive Unbilligkeitsgründe.	506
b)	Die Bedeutung von § 1586 BGB in diesem Zusammenhang	508
c)	Entwicklung und Stand der Rechtsprechung.	509
aa)	Entwicklung bis zum 1. EheRG.	509
bb)	Die Ausbildung von Falltypen zu § 1579 Nr. 4 bzw. 7 BGB	511
d)	Der Tatbestand der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	515
e)	Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Verpflichteten liegendes Fehlverhalten.	516
f)	Versagung, Herabsetzung oder zeitliche Begrenzung des Anspruchs.	517
g)	Wahrung der Kindesbelange	517
h)	Zeitliche Begrenzung des Unterhalts	518
i)	Gemeinschaftlichkeit unterhalb der Eheähnlichkeit	519
IV.	Auswirkung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft auf den Anspruch auf eine Schadensrente aus § 844 Abs. 2 BGB	520
D.	Die Beendigung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft durch Trennung der Partner.	522
I.	Unterhaltsbeziehungen zwischen den Partnern	522
1.	Analogie zu §§ 1361, 1569 ff BGB ?	522
2.	Unterhaltspflicht aus allgemeinen Rechtsprinzipien?	523
3.	Betreuungsunterhalt nach § 1615 I BGB	524
II.	Die Beziehungen der Partner zu einem Kind.	528
1.	Statusfragen	528
2.	Sorgerecht	528
3.	Umgangsrecht.	529
4.	Unterhaltsfragen	530
III.	Wiederaufleben von Ansprüchen eines Partners gegen Dritte.	532
Kapitel 7: Erbrecht (Ingeborg Koutsjes).	535	
A. Überblick über die gesetzliche Erbfolge.	536	
I.	Verwandtenerbrecht.	537
II.	Ehegattenerbrecht.	540
III.	Erbrecht der Lebenspartner.	541
IV.	Gesetzliche Erbrechte bei der nichtehelichen Lebensgemeinschaft.	542
1.	Erbrecht des Partners	542
2.	Voraus gemäß § 1932 BGB	542

3.	Dreißigster	543
4.	Erbrecht zwischen Vater und Kind	544
	a) Erbfall vor dem 1. 4. 1998	544
	b) Erbfall nach dem 1.4.1998	546
	aa) Erbrechtsgleichstellungsgesetz	546
	bb) Feststellung der Abstammung	548
5.	Erbrecht zwischen Mutter und Kind	548
6.	Auswirkung einer späteren Eheschließung der Eltern	549
7.	Adoption	550
8.	Erbrecht der Kinder von Lebenspartnern und Lebenspartnerinnen	552
9.	Pflichtteilsrechte	552
B.	Erbrechtliche Gestaltung bei der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	553
I.	Erforderlichkeit einer Regelung durch letztwillige Verfügung	554
II.	Einzelne Gestaltungsmittel	557
	1. Testamente	557
	a) Eigenhändiges Testament	557
	b) Notarielles Testament	557
	c) Gemeinschaftliches Testament	558
	2. Erbvertrag	559
	a) Regelungsinhalt	559
	b) Bindungswirkung	561
	c) Formvorschriften	563
	d) Verbindung mit anderen Verträgen	564
	3. Wahl des erbrechtlichen Gestaltungsmittels	565
	4. Erbrechtliche Gestaltung bei der Lebenspartnerschaft	568
	Kapitel 8: Arbeitsrecht (Johann Kremhelmer)	569
A.	Arbeitsverhältnisse zwischen den Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	571
I.	Voraussetzungen eines Arbeitsverhältnisses	571
	1. Abschluss eines Arbeitsvertrages	571
	a) Rechtsbindungswille	572
	b) Abgrenzung zu anderen Vertragsbeziehungen	572
	aa) Gesellschaftsvertrag	573
	bb) Freier Dienstvertrag	573
	cc) Auftrag	574
	c) Vertragsinhalt und tatsächliche Handhabung	575
	2. Form des Arbeitsvertrages	575
	a) Ausdrücklicher Abschluss eines Arbeitsvertrages	576
	b) Stillschweigender Abschluss eines Arbeitsvertrages	577
	c) Fehlgeschlagene Vergütungserwartung – atypisches Arbeitsverhältnis	579
	aa) Inaussichtstellen einer künftigen atypischen Vergütung ..	579
	bb) Fehlende oder deutlich unterwertige Entlohnung	580

Inhaltsverzeichnis

cc)	Unmittelbarer Zusammenhang zwischen Unterbezahlung und Erwartung künftiger Entlohnung.....	581
dd)	Fehlschlagen der Vergütungserwartung	582
ee)	Höhe der nachzuzahlenden Vergütung.....	583
ff)	Darlegungs- und Beweislast	584
gg)	Verjährung und Stundung.....	585
3.	Haushaltsführung, Kindererziehung und Krankenpflege.....	586
a)	Tätigkeitsaufnahme nach Beginn der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	586
b)	Fortsetzung einer früheren Haushalts- oder Pflegetätigkeit....	588
4.	Mitarbeit im Betrieb oder bei der freiberuflichen Tätigkeit des Partners	590
a)	Tätigkeitsaufnahme nach Beginn der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	590
b)	Fortsetzung der schon bisher für den Partner ausgeübten Tätigkeit.....	594
II.	Unwirksamkeit des Arbeitsvertrages	598
1.	Scheingeschäfte	598
2.	Sittenwidrige Arbeitsverträge	599
III.	Inhalt des Arbeitsverhältnisses	600
1.	Kollektives Arbeitsrecht.....	600
a)	Betriebsverfassungsrecht	601
b)	Tarifrecht.....	602
c)	Fehlgeschlagene Vergütungserwartung	604
2.	Individualarbeitsrecht.....	606
a)	Arbeitsvergütung	606
aa)	Unwirksame Vergütungsvereinbarungen	606
bb)	Übliche Vergütung	607
cc)	Naturalvergütung.....	609
dd)	Zuschläge und Sonderleistungen	609
b)	Betriebliche Altersversorgung.....	611
c)	Schadensersatzansprüche	612
aa)	Haftung des Arbeitnehmers	613
bb)	Haftung des Arbeitgebers.....	616
IV.	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	617
1.	Tod des Arbeitgebers	617
2.	Beendigung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft als auflösende Bedingung.....	618
3.	Kündigung des Arbeitsverhältnisses	619
a)	Kündigungsfristen.....	620
b)	Allgemeiner Kündigungsschutz	621
aa)	Voraussetzungen des allgemeinen Kündigungsschutzes ...	621
bb)	Erweiterung und Einschränkung des gesetzlichen Kündigungsschutzes	622
cc)	Kündigungsgründe	622
(1)	Betriebsbedingte Kündigungen	624

Inhaltsverzeichnis

(2) Personenbedingte Kündigungen	626
(3) Verhaltensbedingte Kündigungen	626
dd) Auflösung des Arbeitsverhältnisses nach §§ 9, 13 KSchG. .	627
B. Auswirkungen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft auf Arbeitsverhältnisse mit Dritten	629
I. Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis	630
1. Zulagen und Sonderzuwendungen	630
2. Betriebliche Altersversorgung	632
3. Entgeltfortzahlung bei Arbeitsverhinderung aus persönlichen Gründen	634
II. Kündigung des Arbeitsverhältnisses	635
1. Personen- und verhaltensbedingte Kündigungen	635
2. Betriebsbedingte Kündigung	636
Kapitel 9: Sozialrecht (Peter Udsching)	639
A. Einführung	640
B. Abgrenzung besonderer Lebensgemeinschaften	641
I. Ehegatten und Familienangehörige	641
II. Die eheähnliche Gemeinschaft	642
III. Die Lebenspartnerschaft im Sozialrecht	644
C. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft in den verschiedenen Bereichen des Sozialrechts	646
I. Sozialversicherung	646
1. Gesetzliche Krankenversicherung	646
a) Versicherungsschutz	646
b) Beitragsrecht	647
c) Leistungsrecht	648
2. Soziale Pflegeversicherung	649
3. Gesetzliche Rentenversicherung	650
4. Gesetzliche Unfallversicherung	652
a) Versicherungsschutz	652
b) Leistungsrecht	654
II. Arbeitsförderungsrecht	654
1. Sperrzeit	655
2. Bedarfssätze bei Geldleistungen	656
3. Arbeitslosengeld II (Arbeitslosenhilfe)	657
III. Erziehungsgeld	658
1. Anspruchsberechtigter Personenkreis	658
2. Einkommensgrenzen und Höhe des Erziehungsgeldes	659
IV. Kindergeld	661
V. Soziales Entschädigungsrecht	662
Kapitel 10: Steuerrecht (Herbert Bültmann)	665
1. Teil: Nichteheleiche Lebensgemeinschaft	666
A. Einleitung und Problemübersicht	666

B.	Relevante einkommensteuerrechtliche Regelungen	670
I.	Die Einteilung in Steuerklassen (Eintragung auf der Lohnsteuerkarte).....	670
II.	Anwendbarkeit der Splitting-Tabelle (des Splitting-Verfahrens).....	672
	1. Die rechtlichen Grundlagen des Splitting-Tarifs	672
	2. Übertragbarkeit auf nichteheliche Lebensgemeinschaften	674
III.	Steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen an den/die Partner/in	675
	1. Der Regelungsgehalt des § 33 a (Fassung bis Ende 1995), ältere Rechtsprechung des BFH und der Finanzgerichte	676
	2. Die nach der gewandelten Rechtsprechung maßgeblichen Grundsätze (bis Ende 1995).....	678
	a) Unterhaltsleistungen an den/die ein gemeinsames Kind betreuende/n Partner/in	679
	b) Differenzierende Wertung bei Schwangerschaft der Partnerin ..	680
	c) Grundsätzliche Unerheblichkeit eines Verlöbnisses	680
	d) Unterhaltsgewährung an eine/n pflegende/n Partner/in.....	680
	e) Ausgleichszahlungen an den/die Partner/in bei Versagung oder Kürzung von Sozialleistungen	681
	f) Sonstige Fallkonstellationen	683
	3. Der Umfang der berücksichtigungsfähigen Unterhaltsaufwendungen bis Ende 1995	683
	4. Die Rechtslage ab 1996 und ab 2002, insbesondere bei Kinderbetreuung, Pflege des/der Partners/in und bei Versagung oder Kürzung von Sozialleistungen.....	684
IV.	Doppelte Haushaltsführung bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften	686
	1. Allgemeine Voraussetzungen und bisherige Auslegung des § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 EStG „Familienheimfahrt“	686
	2. Kriterien eines „Hausstandes“ bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften nach der neueren Rechtsprechung.....	687
	3. Die berücksichtigungsfähigen Aufwendungen (bis Ende 1995, ab 1996 und ab 2001).....	688
V.	Kindbezogene Steuerentlastungen nichtehelicher Lebensgemeinschaften	690
	1. Der Haushaltsfreibetrag nach § 32 Abs. 7 EStG a.F. und der Entlastungsbetrag nach § 24 b EStG n.F.....	690
	2. Absetzbarkeit von Kosten der Kinderbetreuung, § 33 c EStG (bis Ende 1996, bis Ende 1999, ab 2000 und ab 2002).....	692
	3. Aufwendungen für Haushaltshilfe als Sonderausgaben, § 10 Abs. 1 Nr. 8 EStG (bis Ende 2001)	695
	4. Ergänzende Geltung der allgemeinen kindbezogenen Normen....	697
VI.	Sonstige einkommensteuerrechtliche Differenzierungen zwischen ehelichen und nichtehelichen Lebenspartnern	697
VII.	Verfassungsmäßigkeit der unterschiedlichen steuerrechtlichen Behandlung von Ehegatten und nichtehelichen Paaren	699

C.	Geltung der Grundsätze der „Angehörigen-Verträge“ und derjenigen der verdeckten Gewinnausschüttung bei nichtehelichen Lebenspartnern	702
I.	Die Grundsätze allgemein	702
II.	Anwendbarkeit auf Verträge und Leistungen unter nichtehelichen Lebenspartnern	703
D.	Das maßgebliche Erbschaftsteuerrecht und Besteuerung von Leistungen der Lebensversicherung	705
I.	Die Besteuerung im Erbfall	705
	1. Die allgemeinen erbschaftsteuerlichen Grundsätze	705
	2. Steuerliche Privilegierung des Überganges von Betriebsvermögen	709
II.	Steuerliche Behandlung von Lebensversicherungen	710
E.	Grunderwerb- und Körperschaftsteuer	711
I.	Grunderwerbsteuer	711
II.	Körperschaftsteuer	712
F.	Verfahrensfragen	713
G.	Schlussbemerkungen	715
2. Teil: Eingetragene Lebenspartnerschaft		716
A.	Die steuerrechtliche Gesetzeslage im Allgemeinen	716
B.	Einkommenssteuerliche Rechtsfolgen	718
I.	Einteilung in Steuerklassen und Splittingbesteuerung (EntwLPartErgG)	718
	1. Splittingverfahren bei intakter Lebenspartnerschaft (beabsichtigte Regelung)	719
	2. Begrenztes Realsplitting bei nachpartnerschaftlichem Unterhalt (beabsichtigte Regelung)	721
II.	Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen im Rahmen intakter und beendeter Lebenspartnerschaften nach geltendem Recht	722
III.	Doppelte Haushaltsführung von eingetragenen Lebenspartnern	723
IV.	Abzugsfähige Sonderausgaben (Höchstbetragsregelung)	725
V.	Kindbezogene Steuerentlastungen eingetragener Lebenspartner	726
VI.	Anderweitige einkommensteuerrechtliche Sonderregelungen	728
C.	Maßgeblichkeit der für „Angehörigen-Verträge“ geltenden Grundsätze	729
D.	Erbschaftsteuer, Lebensversicherungen, Übertragung von Vermögenseinheiten	731
I.	Die zivilrechtliche Ausgangslage	731
II.	Erbschaftsteuer nach geltendem und künftigen Recht	731
III.	Besteuerung von Lebensversicherungen	733
IV.	Übertragung von Vermögen unter Lebenden	733
E.	Grunderwerb- und Körperschaftsteuer	735
I.	Grunderwerbsteuer	735

II.	Körperschaftsteuer	736
F.	Verfahrensfragen.....	736
G.	Ausblick.	737
Kapitel 11: Öffentlich-rechtliche Fragen (Klaus Vogelgesang)		739
A.	Problemstellung.	740
I.	Veränderte Situation durch die gesetzliche Sanktionierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften	740
II.	Offene Fragen bezüglich der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ..	741
B.	Eingetragene Lebenspartnerschaft.	743
I.	Öffentlich-rechtliche Regelungen im Lebenspartnerschaftsgesetz ...	743
1.	Zuständige Behörde	743
2.	Ausländerrechtliche Regelungen	744
a)	Einreise.	744
b)	Aufenthaltslaubnis/Aufenthaltsbefugnis	745
c)	Ausweisungsschutz	746
3.	Staatsangehörigkeit.....	746
4.	Sonstige öffentlich-rechtliche Regelungen	746
5.	Keine Gleichstellung der Lebenspartner mit den Ehegatten in § 122 BSHG	747
II.	Fazit	747
C.	Nichteheliche Lebensgemeinschaften	748
I.	Sozialhilfe (§ 122 BSHG).....	749
II.	Beamtenrecht.	752
1.	Orts-/Familienzuschlag	752
2.	Versetzung	754
3.	Sonderurlaub.....	754
4.	Umzugskostenrecht	755
III.	BAföG	756
1.	Gewährung von Schülerförderung	756
2.	Überschreiten der Altersgrenze.....	756
IV.	Wohngeld (Anspruchsberechtigung (§ 18 Nr. 4 WoGG).....	757
V.	Namensrecht	758
VI.	Volkstumsmäßige Prägung eines minderjährigen Kindes.....	758
VII.	Ehegattennachzug.....	758
VIII.	Anerkennung als Asylberechtigter	759
IX.	Zustellung an Lebensgefährten des Empfängers	759
X.	Satzungsrecht	760
1.	Kurabgabe	760
2.	Berufsständische Versorgungswerke.....	760
XI.	Europarechtliche Aspekte	761
D.	Rechtliche Maßstäbe zur Behandlung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften im öffentlichen Recht	761
I.	Schwierigkeit der Entwicklung einheitlicher rechtlicher Maßstäbe....	761

II.	(Negative) Gleichstellung mit Ehen zur Vermeidung einer rechtlichen Besserstellung der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft gegenüber Ehepartnern.	762
III.	Anspruch nichtehelicher Lebensgemeinschaften auf Bewilligung gleicher staatlicher Leistungen wie an Angehörige einer Ehe?	763
	1. Prüfungsmaßstab	763
	2. Gründe gegen eine generelle Gleichstellung	764
	3. Gründe für die Gleichstellung	764
IV.	Neue Aspekte im Hinblick auf die Rechtsprechung des BVerfG zu den eingetragenen Lebenspartnerschaften?	764
E.	Folgerungen	765
I.	Kein Verfassungsverbot der gesetzlichen Förderung nichtehelicher Lebensgemeinschaften	765
II.	Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft	766
III.	Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft	767
IV.	Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Rechts der nichtehelichen Lebensgemeinschaften?	767
	1. Gründe für und gegen eine gesetzliche Regelung	767
	2. Fälle, in denen eine gesetzliche Regelung ergehen bzw. nicht ergehen könnte	768
F.	Zusammenfassung	770
	Kapitel 12: Internationales Privatrecht (Dieter Martiny)	773
A.	Einführung	779
B.	Nichteheliche Lebensgemeinschaft von Personen unterschiedlichen Geschlechts	781
I.	Einführung	781
	1. Problemstellung	781
	2. Ausländische Rechtsordnungen	781
	a) Ausländisches Sachrecht	781
	b) Ausländisches Kollisionsrecht	784
II.	Einordnung und Anknüpfung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	786
	1. Qualifikation	786
	2. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	788
	a) Lebensgemeinschaft	788
	b) Eingetragene Lebensgemeinschaften	788
	c) Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	789
	d) Verlöbnißbruch	789
	3. Anknüpfung	790
	a) Familienrechtliche Anknüpfung	790
	aa) Staatsangehörigkeit oder gewöhnlicher Aufenthalt	790
	bb) Eingetragene Lebensgemeinschaften	791
	cc) Differenzierende Anknüpfung	792
	b) Statutenwechsel	792

4.	Nichteheliche Lebensgemeinschaft als Vorfrage	792
5.	Rechtswahl	793
6.	Rück- und Weiterverweisung	793
7.	Ordre public	794
III.	Eingehung und Bestehen der Lebensgemeinschaft	794
1.	Eingehung der Lebensgemeinschaft	794
2.	Allgemeine Wirkungen der Lebensgemeinschaft	795
3.	Eigentumsordnung und Güterrecht	796
a)	Anknüpfung	796
b)	Rechtswahl	797
c)	Schutz Dritter	798
4.	Unterhalt	799
5.	Erbrechtliche Ansprüche	800
IV.	Auflösung der Lebensgemeinschaft	801
1.	Auflösung	801
2.	Auseinandersetzung	802
3.	Ausgleichsansprüche	803
a)	Gesellschaftsrecht und Wegfall der Geschäftsgrundlage	803
b)	Bereicherungsrecht	804
4.	Unterhalt	804
V.	Drittwirkungen	806
1.	Familienrecht	806
2.	Schuldrecht	807
3.	Sozialrecht	807
VI.	Kindschaftsrechtliche Fragen	807
1.	Allgemeines	807
2.	Abstammung	808
VII.	Internationales Verfahrensrecht	809
1.	Internationale Zuständigkeit	809
2.	Anerkennung	810
C.	Eingetragene Lebenspartnerschaft	810
I.	Einleitung	810
1.	Problemstellung	810
2.	Ausländische Rechtsordnungen	811
a)	Ausländisches Sachrecht	811
b)	Ausländisches Kollisionsrecht	812
II.	Einordnung und Anknüpfung der eingetragenen Lebenspartnerschaft	814
1.	Grundgedanke	814
2.	Qualifikation	815
a)	Abgrenzung	815
b)	Lebenspartnerschaft	815
aa)	Gleichgeschlechtliche eingetragene Partnerschaften	815
bb)	Gleichgeschlechtliche Ehen	815
cc)	Heterosexuelle eingetragene Partnerschaften	816
c)	Eintragung	817

3.	Anknüpfung	817
4.	Eingetragene Lebenspartnerschaft als Vorfrage	818
5.	Rechtswahl	818
6.	Rück- und Weiterverweisung	818
7.	Ordre public	818
III.	Mindest- und Höchstwirkungen der Lebenspartnerschaft	819
1.	Mindestwirkungen nach deutschem Recht	819
2.	Wirkungsbegrenzung	819
IV.	Eingehung der Lebenspartnerschaft	822
1.	Anknüpfung an das Recht des Registrierungsstaates	822
2.	Statutenwechsel	823
V.	Bestehende Lebenspartnerschaft	824
1.	Familiename	824
2.	Allgemeine Partnerschaftswirkungen	825
3.	Güterrechtliche Wirkungen	826
4.	Schutz Dritter	828
5.	Unterhaltsrechtliche Wirkungen	828
6.	Erbrechtliche Wirkungen	830
VI.	Auflösung der Lebenspartnerschaft	832
1.	Auflösung	832
2.	Auseinandersetzung, Nutzung von Wohnung und Hausrat	834
3.	Versorgungsausgleich	834
4.	Unterhalt	834
VII.	Drittwirkungen der Lebenspartnerschaft	835
1.	Familienrecht	835
2.	Schuldrecht	835
3.	Sozialrecht	835
VIII.	Nicht eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften	835
IX.	Kindschaftsrechtliche Fragen	836
1.	Abstammung und Name	836
2.	Adoption	837
3.	Sorgerecht	838
X.	Internationales Verfahrensrecht	838
1.	Internationale Zuständigkeit	838
a)	Bestehen und Auflösung der Lebenspartnerschaft	838
b)	Zivilrechtliche Ansprüche	839
2.	Anerkennung ausländischer Entscheidungen	839
Kapitel 13: Partnerschaftsverträge (Rainer Hausmann)		841
A.	Einführung	842
I.	Schutz der Sexualmoral	843
II.	Schutz der Ehe	845
III.	Schutz der Persönlichkeitssphäre	847
B.	Eheähnliche Absicherung des nicht berufstätigen Partners wegen Kindesbetreuung	849
I.	Vertragstext	849

Vorbemerkung	849
1. Rechtsbeziehungen während des Zusammenlebens	850
2. Rechtsbeziehungen zum gemeinsamen Kind	853
3. Rechtsfolgen einer Beendigung der Lebensgemeinschaft	853
II. Erläuterungen	857
1. Haushaltsführung	857
a) Funktionsteilung	857
b) Nichtausgleichung von Haushaltsleistungen	858
c) Einzelheiten der Haushaltsorganisation	858
d) Anpassungsklausel	859
2. Eigentumsverhältnisse am Hausrat	860
a) Sachenrechtliche Ausgangslage	860
b) Vertragliche Begründung von Miteigentum	860
c) Vermögensverzeichnis	861
d) Aufhebung der Gemeinschaft	862
3. Wohnung	862
a) Gleichberechtigte Mitbenutzung	862
b) Beteiligung an der Finanzierung	862
c) Aufnahme Dritter	863
4. Vertretungsmacht	863
a) „Schlüsselgewalt“	863
b) Schranken	863
c) Vollmacht für Krankheit und Unterbringung	864
5. Haftungsmaßstab	864
6. Unterhalt	865
a) Vertraglicher Unterhaltsanspruch	865
b) Anpassung	865
c) Verhältnis zu gesetzlichen Unterhaltsansprüchen	866
7. Altersversorgung	867
a) Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich	867
b) Begründung und Aufrechterhaltung einer Versorgung des Partners	867
8. Zuwendungen	868
a) Unbenannte Zuwendungen	868
b) Schenkungen	868
9. Kredite	868
10. Kindesunterhalt	869
a) Gesetzliche Unterhaltsansprüche	869
b) Vertragliche Unterhaltsregelung	870
11. Gemeinsame elterliche Sorge	870
12. Beendigung der Lebensgemeinschaft	871
a) Freie Lösbarkeit	871
b) Beendigungsgründe	872
13. Trennungsunterhalt	872
a) Vertragliche Vereinbarung	872
b) Unterhalt bis zur Erlangung angemessener Erwerbstätigkeit ..	874

Inhaltsverzeichnis

14. Zugewinnausgleich	874
a) Vertragliche Vereinbarung	874
b) Drittwirkungen	875
c) Abfindung	876
15. Hausratsauseinandersetzung	877
16. Wohnungsnutzung	878
17. Verfügung von Todes wegen	878
18. Schlussbestimmungen	878
a) Salvatorische Klausel	878
b) Schriftformklausel	878
C. Weitgehende Erhaltung der finanziellen Unabhängigkeit von berufstätigen Partnern	879
I. Vertragstext	879
Vorbemerkung	879
1. Rechtsbeziehungen während des Zusammenlebens	879
2. Rechtsfolgen einer Beendigung der Lebensgemeinschaft	883
II. Erläuterungen	885
1. Haushaltsführung	885
a) Funktionsteilung	885
b) Kostentragung	886
2. Eigentumsverhältnisse am Hausrat	886
a) Eigentumszuordnung	886
b) Vermögensverzeichnis	886
c) Nutzungsrechte	887
d) Aufhebung der Bruchteilsgemeinschaft	887
3. Wohnungsmiete	887
a) Gemeinsamer Mietvertrag	887
b) Mietverhältnis mit einem Partner	887
c) Aufnahme Dritter	888
4. Vertretungsmacht	888
a) Spezialvollmacht	888
b) Vollmacht für Krankheit	888
5. Haftungsmaßstab	888
6. Unterhalt und Versorgung	889
7. Aufwendungen und Dienstleistungen	889
8. Zuwendungen	889
9. Kredite	889
10. Beendigung der Lebensgemeinschaft	890
11. Haushaltskonto	890
12. Hausratsauseinandersetzung	890
13. Wohnungsmiete	890
a) Mietvertrag mit beiden Partnern	890
b) Mietvertrag mit einem Partner	891
14. Trennungsunterhalt	892

15. Kreditschulden	892
a) Konsumentenkredit	892
b) Vermögensbildung	892
16. Verfügung von Todes wegen	893
17. Schlussbestimmungen	893
D. Zusatzvereinbarung über die Auseinandersetzung gemeinsamen Grundbesitzes	893
I. Vertragstext	893
Vorbemerkung	893
II. Erläuterungen	896
1. Form	896
2. Nutzung und Kostentragung	896
3. Übernahme durch einen Partner	896
4. Gemeinsamer Verkauf	897
E. Zusatzvereinbarung über die Auseinandersetzung von Grundbesitz im Alleineigentum eines Partners	898
I. Vertragstext	898
Vorbemerkung	898
II. Erläuterungen	900
1. Form	900
2. Nutzung und Kostentragung	901
3. Ausgleichsansprüche für den Fall der Trennung	901
4. Sicherung des Ausgleichsanspruchs	901
Kapitel 14: Testamente und Erbverträge (Ingeborg Koutsos)	903
A. Vorbemerkung	904
B. Einfache Zweierbeziehungen	904
I. Testament	905
1. Muster	905
2. Erläuterungen	906
a) Form der Errichtung	906
b) Staatsangehörigkeit und Familienstand des Erblasser	907
c) Konsequenzen der Erbeinsetzung des Partners	908
d) Anfechtung	912
e) Sittenwidrigkeit	914
II. Erbvertrag	916
1. Muster	916
2. Erläuterungen	918
a) Form der Errichtung	918
b) Feststellung des Familienstandes	918
c) Widerruf früherer Verfügungen	919
d) Gegenseitige Erbeinsetzung	919
e) Rücktrittsvorbehalt	920
f) Anfechtung	922
g) Verzicht auf Anfechtungsrecht oder Rücktrittsvorbehalt.	922

h)	Ausschluss der amtlichen Verwahrung.	924
C.	Partner mit gemeinsamen Kindern	925
I.	Gesetzliche Erbrechte	925
II.	Notwendigkeit gewillkürter Erbfolge	926
III.	Erbvertrag	927
1.	Muster	927
2.	Erläuterungen	929
a)	Form der Errichtung	929
b)	Gegenseitige Erbeinsetzung	929
c)	Bindungswirkung	932
d)	Ausgestaltung von Neubindungsklauseln	935
e)	Pflichtteilssanktion	941
D.	Partner mit einseitigen gesetzlichen Erben	943
I.	Einbeziehung von gesetzlichen Erben aus früherer Verbindung.	943
1.	Muster	945
2.	Erläuterungen	947
a)	Form der Errichtung	947
b)	Anordnung der Vor- und Nacherbschaft	947
c)	Einsetzung der Nacherben	950
d)	Wegfall eines Nacherben	951
e)	Zuwendung durch Vermächtnis	953
f)	Pflichtteilssanktion	955
g)	Ausschluss des Anfechtungsrechts	955
h)	Testamentsvollstreckung	956
i)	Steuern	957
E.	Partner einer Lebenspartnerschaft	957
1.	Muster	958
2.	Erläuterungen	960
a)	Form der Errichtung, Widerruf	960
b)	Gegenseitige Erbeinsetzung	960
c)	Erbeinsetzung und Vermächtnis	961
d)	Erbschaftssteuerliche Kriterien als Entscheidungshilfe	962
e)	Wechselbezüglichkeit	963
F.	Ausschluss von gesetzlichen und gewillkürten Erben aus früherer Verbindung	965
I.	Pflichtteilsverzicht	965
II.	Loslösung von früheren Verfügungen	968
III.	Zuwendungsverzicht	970
	Sachverzeichnis	973